

Zeitung der LINKEN für den Barnim 14. Nov. 2021, 31. Jahrg.

## Warten aufn Bund

LINKE: Brandenburgs Landesregierung zu zögerlich

Wieder viel zu spät und zu zögerlich hat die rot-schwarz-grüne Landesregierung am Donnerstag ihre Entscheidungen getroffen. Diese Woche Regierungshandeln zeigt das ganze Ausmaß von Chaos nach fast zwei Jahren Pandemie, mitten in der vierten Welle. Wir sind weiter im Blindflug. Die Ansteckungszahlen sind in den letzten sieben Tagen dramatisch gestiegen und die Landesregierung ruckelt in dieser lebensgefährlichen Situation vor sich hin statt schnell und energisch zu entscheiden. Was am Donnerstag verkündet wurde, hätte schon am Dienstag Beschluss sein können. Das Virus verzeiht kein zögerliches und inkonsequentes Handeln. Auch ein ständiger Verweis darauf, dass der Bund entscheiden müsse, ist immer noch keine eigene Strategie.

Brandenburgs Krankenhäuser werden in Kürze an ihre Belastungsgrenze stoßen, wenn die Infektionszahlen nicht nachhaltig sinken. Die Erfahrung lehrt, dass mit einem Verzug von 2 bis 3 Wochen das aktuelle Infektionsgeschehen die Kliniken erreicht. Erst am Donnerstag wurde im Lagebild des Gesundheitsministeriums offenbart, dass die verfügbaren Intensivbetten aufgrund des Personalmangels deutlich weniger sind als bisher angenommen.

Die Gesundheitsämter sind überlastet, Infektionsketten können

vielfach nicht mehr nachvollzogen und damit auch nicht unterbrochen werden. Es helfen nur noch Impfungen einschließlich der dritten Auffrischungsimpfung sowie Tests – diese unabhängig davon, ob man geimpft oder genesen ist. Das ist durch mobile Impfteams und wohnortnahe Impfstellen zu gewährleisten. Ich erwarte von der Gesundheitsministerin, dass endlich Informationsschreiben an die über 70-jährigen versendet werden, um über Auffrischungsimpfungen zu informieren.

Zwar gibt es seit Samstag wieder kostenlose Bürgertests, aber die Finanzierung ist noch nicht geregelt. Deshalb muss Brandenburg diese Tests jetzt finanzieren, so dass auch wieder Teststellen eingerichtet werden können. Die kostenlosen Tests müssen ausgeweitet, in den Schulen täglich getestet und die Kontrollen verstärkt werden.

In den Pflegeeinrichtungen, den Einrichtungen der Eingliederungshilfe und den Krankenhäusern müssen ab einer 7-Tage-Inzidenz von 100 Besucher:innen und Beschäftigten täglich getestet werden - unabhängig vom 2G-Status. Eine Refinanzierung dieser Tests für die Einrichtungen ist zu gewährleisten.

**Sebastian Walter und  
Ronny Kretschmer,  
Landtagsabgeordnete**

## Buntes, weltoffenes Prenzlau

Barnimer LINKE unterstützt Demo für Toleranz und Antifaschismus am 20. November

Liebe solidarische, antifaschistische, weltoffene Freundinnen und Freunde! Am 20./21. November findet in Prenzlau der Landesparteitag der AfD statt. Das soll nicht unkommentiert geschehen! Wir laden alle ein, am 20. November zwischen 10 und 18 Uhr Prenzlau zu besuchen und durch die Stadt zu spazieren! Bringt bunte Regenschirme mit und zeigt Gesicht: Für ein buntes, weltoffenes, tolerantes,

antifaschistisches, interkulturelles Prenzlau und Brandenburg. Auf einer Route durch die Stadt treffen wir auf verschiedene Orte von Vielfalt, Demokratie, Humanismus und Widerstand. Wir sind viele, wir sind die Mehrheit! Aktualisierter Ort auf [www.dielinke-barnim.de](http://www.dielinke-barnim.de) oder unter: 0157-72927645.

#prenzlaubewegtsich  
**Isabelle Czok-Alm, Kreisvorsitzende DIE LINKE Barnim**

## »Beendigung der epidemischen Lage ist reine Symbolpolitik«



Fünf Sofortmaßnahmen gegen die vierte Corona-Welle hat DIE LINKE Mitte der Woche im Bundestag vorgeschlagen:

- (1) Rückkehr zu kostenlosen Tests für alle,
- (2) lückenlose Testpflicht unabhängig vom Impfstatus,
- (3) 3G unter Einhaltung des Datenschutzes,
- (4) Arbeitgeber beim Arbeitsschutz in die Pflicht nehmen,
- (5) sofort 500 Euro Pandemiezuschlag für Pflegekräfte!

Der Schlüssel, um die Gesellschaft für Pandemien zu wappnen, seien „Investitionen ins Gesundheitswesen, in Kitas, in Schulen, in die öffentliche Daseinsvorsorge insgesamt“, betonte Gesundheitspolitikerin Susanne Ferschl (LINKE) in ihrer Rede am Mittwoch im Bundestag. Susanne Ferschl wirft der noch amtierenden Bundesregierung ebenso wie den Ampel-Koalitionären vor, in Sachen Pandemiebekämpfung Symbolpolitik zu betreiben. Es gehe heute nicht darum, die Pandemie für beendet zu erklären – ziemlich Quatsch angesichts der dramatischen Infek-

tionszahlen –, sondern um ein Ende des Regierens per Verordnungsermächtigung.

Zugleich führten Vertreter:innen der alten wie der möglicherweise neuen Bundesregierung im Bundestag »absurdes Theater« auf, so Ferschl: „Herr Scholz, ich weiß nicht, waren Sie in den letzten Jahren nicht in der Regierungsverantwortung?“ Die Abschaffung der kostenlosen Testangebote, das Verschlafen der Booster-Impfkampagne, ausgebliebene Stärkung des Pflegebereichs, Schließung der Impfzentren – all dies dokumentiere ein Versagen, argumentiert Ferschl.

Die Fraktion DIE LINKE begrüßt den Beschluss, Tests wieder kostenlos anzubieten. Susanne Ferschl dringt auf eine lückenlose Testpflicht, unabhängig vom Impfstatus, insbesondere in Pflegeheimen. Die Arbeitgeber müssten beim Arbeitsschutz in die Pflicht genommen werden. Der Schlüssel, um die Gesellschaft für Pandemien zu wappnen, seien „Investitionen ins Gesundheitswesen, in Kitas, in Schulen, in die öffentliche Daseinsvorsorge insgesamt“, betont Ferschl. (pm)

**Herausgeber:** Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

**Kontakt:** DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de)

**Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten):** DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am  
17. November